

HEUTE
4.12.2018

Die gute Nachricht

Nachwuchs im Berliner Tierpark: Eisbärin Tonja ist ein Jahr nach der Geburt ihres nach wenigen Wochen verstorbenen Jungen Fritz wieder Mutter geworden. Wie der Tierpark am Montag mitteilte, brachte Tonja «ein meerschweinchengrosses Jungtier auf die Welt». Eisbärenkurator Florian Sicks erklärte: «Mittlerweile trinkt das Eisbärenjungtier regelmässig.» Tonja war im Frühjahr wiederholt vom Männchen Wolodja gedeckt worden. Weil die Bärin bis zum September kräftig Winterspeck zulegte, hatten die Tierparkverantwortlichen eine Schwangerschaft vermutet. Überprüfen liess sich die Trächtigkeit des Raubtiers aber nicht. (SDA)

Frage des Tages

Sind Sie bereit, zum Schutz der Umwelt höhere Benzinpreise zu bezahlen?

Ja Nein

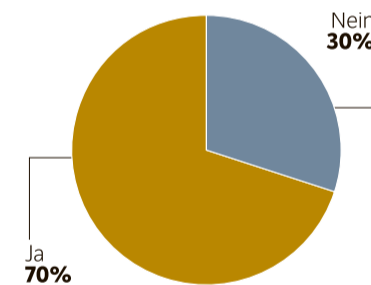
Stimmen Sie online ab unter www.aargauerzeitung.ch, www.bzbasel.ch, www.basellandschaftliche.ch, www.solothurnerzeitung.ch, www.grenchnerzeitung.ch, www.limmattalerzeitung.ch, www.oltnerzeitung.ch

«Die Umfrage finden Sie online über die Such-Funktion mit dem Stichwort «Tagesfrage»

Das Ergebnis erscheint in der nächsten Ausgabe.

Ergebnis letzte Tagesfrage

Wir haben gefragt: Dänemark, Irland, Georgien und Gibraltar – holt die Schweizer Nati den Gruppensieg in der EM-Quali?



Video des Tages

www.aargauerzeitung.ch/mediathek/videos



Rio: Grösster schwimmender Weihnachtsbaum der Welt.

Kochen

REZEPT DES TAGES

Wildspieß mit Wacholderbutter

Zutaten (für 6 Personen)

Spieß:
800 g zartes Reh- oder Hirschfleisch (z. B. Filet oder Nuss)
10 rosa Pfefferkörner
6 Wacholderbeeren sowie Koriander- und Pimentkörner
2 Gewürznelken
2 Messerspitzen gemahlener Zimt
abgeriebene Schale von ½ Orange
1 Teelöffel grobes Salz

Zum Fertigstellen:

150 g saurer Halbrahm
2 Esslöffel Preiselbeeren aus dem Glas
1 ½ Teelöffel Wacholderbeeren
75 g weiche Butter
Salz
2 Esslöffel Bratbutter

Das Rezept zur Einkaufsliste finden Sie unter: www.wildeisen.ch

Pariser Klimaziele

In Bern und Kattowitz wird die Umsetzung diskutiert

Schweizer Sonderweg mit Fragezeichen

Der Bundesrat will einen Teil der CO₂-Emissionen im Ausland einsparen. Das ist umstritten. Ausgerechnet Bürgerliche hoffen, dass die UNO-Klimakonferenz scharfe Regeln erlässt.

VON DOMINIC WIRTH

Den Linken zu mutlos, der SVP zu viel und zu teuer, weil die Schweiz allein sowieso nichts ausrichten könne: Die Eintretensdebatte zum neuen CO₂-Gesetz gestern Abend im Nationalrat hatte es in sich. Und gab einen Vorgeschmack auf die intensive klimapolitische Debatte, die in den nächsten Tagen im Bundeshaus ansteht. Zu reden geben wird etwa, dass der Bundesrat einen Sonderweg einschlagen will: Die Schweiz soll ihre Treibhausgasemissionen im Ausland kompensieren können. Ähnliche Pläne wälzen nur wenige andere Länder, Japan, Südkorea und Liechtenstein etwa. Der Bundesrat will fast die Hälfte der angepeilten Reduktion bis 2030 – 20 der insgesamt 50 Prozent – mit Investitionen im Ausland erreichen. Konkret funktioniert das so: Die Treibstoffimporteure investieren im Ausland in Klimaschutz-Projekte, welche dort den Treibhausgasausstoss reduzieren. Diese Reduktion darf die Schweiz dann für sich verbuchen, sie kauft sich also, wenn man so will, ein.

Ungenügende Resultate

In der Theorie ist der Handel mit Klimazertifikaten ein bestechendes Instrument. Es geht das globale Problem des Klimawandels auf einer globalen Ebene an. Im Idealfall ist so allen geholfen: Die Schweiz kann ihren Klimaschutz-Pflichten mit einer Auslandsinvestition günstiger nachkommen als im Inland, der Partner erhält Geld – und das Klima profitiert von diesem Geschäft auch, weil ihm Treibhausgas-

Emissionen erspart bleiben. Das Problem ist nur, dass sich dieses Instrument zwar gut anhört, laut Experten aber nicht gut funktioniert.

Anja Kollmuss ist eine Spezialistin auf dem Gebiet der Klimapolitik. Sie ist beim grünen Wirtschaftsverband Swisscleantech angestellt. Kollmuss hat in einem Bericht die wichtigsten Erkenntnisse verschiedener Studien zur Wirkung des Handels mit Klimazertifikaten untersucht. Ihr Zeugnis ist schlecht: Drei Viertel der untersuchten Zertifikate weisen laut Kollmuss eine ungenügende Umweltintegrität auf.

«Ich habe kein Verständnis für den linksgrünen Klimanationalismus.»

Christian Wasserfallen (FDP/BE)

Konkret heisst das: Die eingekauften Zertifikate hielten nicht, was sie versprochen, sie brachten weniger Reduktion. Oder gar keine.

«Das Risiko, dass man schlechte Zertifikate einkauft, ist gross», sagt Kollmuss. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Einer ist, dass Einsparungen teilweise doppelt angerechnet werden – im Land, das für die CO₂-Reduktion bezahlt hat. Und auch im Land, in dem das Projekt realisiert wurde. Dazu kommt, dass die Berechnung der tatsächlich eingesparten Emissionen oftmals komplex ist – und entsprechenden Spielraum bietet. Während Kollmuss den Handel mit Klimazertifikaten vor diesem Hintergrund skeptisch betrachtet, kann der Bundesrat die Frage, wie wirkungsvoll dieser tatsächlich ist, nicht beantworten. Eine Studie über die Qualität der ausländi-

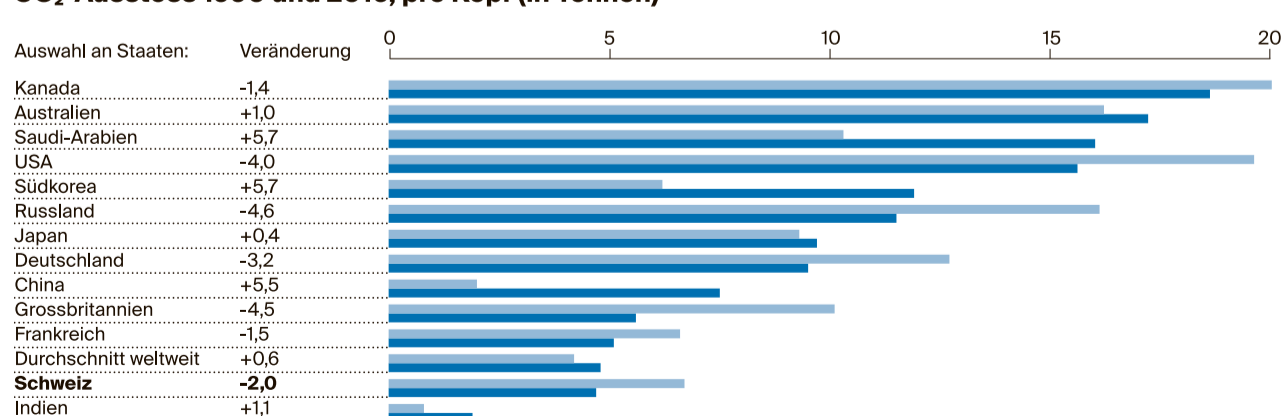
schen Zertifikate existiere nicht, antwortete die Regierung.

Was wird in Kattowitz erreicht?

Auch angesichts der vielen Unsicherheiten wollen die EU-Staaten künftig auf Auslandsreduktionen verzichten. Swisscleantech setzt sich wie grosse Teile des Mitte-links-Lagers dafür ein, dass auch in der Schweiz ein möglichst grosser Teil der CO₂-Emissionen im Inland abgebaut wrd. Im Parlament stehen die Chancen des bundesrätlichen Vorschlags aber gut, weil die Auslandsreduktionen bei FDP und SVP starken Rückhalt geniessen. FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen sagt, es gehe nicht darum, wo CO₂-Emissionen eingespart werden. Sondern dass dies passiere. «Ich habe kein Verständnis für den linksgrünen Klimanationalismus.» Doch auch der Berner räumt ein, dass es beim Handel mit Klimazertifikaten schärfere Regeln brauche. Er erwartet, dass diese im Rahmen der UNO-Klimakonferenz im polnischen Kattowitz global gültig ausgearbeitet werden.

Spezialistin Anja Kollmuss ist skeptischer. Sie attestiert der Schweiz zwar, sich stark einzusetzen für griffigere Regeln. Gleichzeitig zweifelt sie, dass in Polen viel herauskommen wird. «Es gibt zu viele Länder, die kein Interesse an klaren Regeln haben», sagt Kollmuss. In ihren Augen sollte die Schweiz deshalb bei Auslandsreduktionen zusätzliche Qualitätskriterien setzen und künftig den Faktor zwei anwenden. Das heisst: Für eine Tonne CO₂-Kompensation bräuchte es künftig zwei Klimazertifikate. Auch GLP-Präsident Jürg Grossen spricht sich für eine solche Regelung aus, über die das Parlament im Laufe der CO₂-Debatte abstimmen wird.

CO₂-Ausstoss 1990 und 2016, pro Kopf (in Tonnen)



Top-5-Nationen beim CO₂-Ausstoss 2016 (in Megatonnen)



Quellen: Europäische Kommission/Bafu/BFS; Grafik: Isi



In der Umgebung der polnischen Stadt Kattowitz

Die wichti

An der Klimakonferenz im polnischen Kattowitz wird über die Zukunft der Welt diskutiert. Wir liefern acht Antworten.

VON CHRISTOPH BOPP, NIKLAUS SALZMANN, FELIX LEE, RENZO RUF UND SABINE KUSTER

1 Was bringt der Klimagipfel?

Vor drei Jahren haben sich in Paris fast alle Länder zur Reduktion der Treibhausgas-Emissionen verpflichtet. Nun sollen Regeln für die Umsetzung festgelegt werden. Franz Perrez, der als Umweltbotschafter der Schweiz an der Konferenz in Kattowitz teilnimmt, sagt: «Wichtig ist, dass das Pariser Abkommen nun robust umgesetzt wird. Vielleicht werden die Umsetzungsregeln nicht ganz so ambitioniert, wie wir von der Schweizer Delegation es gerne hätten, aber ich denke, wir werden Gutes erreichen.»

2 Kann die 2-Grad-Grenze noch eingehalten werden?

Mittlerweile ist der Weltklimarat zum Schluss gekommen, dass ein Temperaturanstieg um 1,5 Grad viel besser wäre als das 2-Grad-Ziel. Dieses Ziel, zu dem sich die Unterzeichner des Pariser Abkommens verpflichtet haben, ist aber schon ambitioniert genug. Die Zeit ist knapp. Irgendwann vor 2100 (am besten schon bis 2050) muss die Welt CO₂-neutral sein. Das würde heissen: Keine fossilen Energieträger mehr verbrennen – kein Öl, kein Benzin, keine Kohle und kein Gas mehr. Einige sagen, dass das Ziel nicht mehr mit Reduktion allein erreicht werden kann. Sondern dass wir noch Technologien brauchen,

tiert



Ort, wo derzeit die Klimakonferenz stattfindet.

SEAN GALLUP/GETTY IMAGES

Die wichtigsten Fragen zum Klimagipfel

die das CO₂ reduzieren, das bereits in der Atmosphäre ist. Doch solche Technologien gibt es höchstens in Ansätzen.

3 Warum wird an diesen Gipfeln nichts rechtlich Verbindliches beschlossen?

Der Klimagipfel von Paris 2015 brachte einen neuen Modus. Anstatt für alle Länder verbindliche Reduktionsziele vorzuschreiben, was sich als nicht sehr zielführend erwiesen hatte, überliess man es den einzelnen Ländern, nationale Reduktionsziele zu formulieren. Angestrebt wird, dass sich bis 2020 alle Länder zu effektiven Massnahmen verpflichtet haben. Mit den aktuell versprochenen Politiken würde die Durchschnittstemperatur um 3 bis 4 Grad steigen. Damit das 2-Grad-Ziel erreicht werden kann, braucht es also noch jede Menge Nachschärfungen.

4 Wird überhaupt kontrolliert, was versprochen wurde?

Einer der wichtigsten Punkte dieses Klimagipfels ist die redaktionelle Finalisierung des sogenannten Regelbuchs. Dort soll unter anderem festgelegt werden, wie die einzelnen Massnahmen miteinander verglichen werden können, wie Transparenz und Verlässlichkeit erreicht werden können. Der aktuelle Klimagipfel COP24 wurde als Deadline definiert. Unter anderem wird vorgeschrieben, wie gross der Anteil der CO₂-Reduktion sein darf, der im Ausland erreicht werden soll.

5 Welches sind die klimafreundlichsten Länder?

Am wenigsten Kohlendioxid pro Kopf wird in afrikanischen Ländern wie Burundi, Somalia und Tschad ausge-

stossen. Diese Länder sind wirtschaftlich wenig entwickelt und haben kaum Industrie. Die Industrieländer haben weit mehr Emissionen pro Kopf zu verbuchen. Auch in Europa zeigt sich aber der Zusammenhang zur wirtschaftlichen Entwicklung - so hat die Schweiz einen mehr als doppelt so hohen Pro-Kopf-Ausstoss als Albanien. Im Vergleich zu den Nachbarländern steht die Schweiz jedoch gut da. Frankreich hat einen ähnlich tiefen Pro-Kopf-Ausstoss, während Italien, Österreich und Deutschland deutlich darüber liegen. Die totalen CO₂-Emissionen in der Schweiz sind seit 1990 bereits deutlich gesunken (siehe Grafik). Doch die Werte sind unvollständig: Durch den Konsum importierter Produkte und Dienstleistungen verursachen Schweizerinnen und Schweizer Emissionen, die in der Statistik anderer Länder zugerechnet werden.

6 Wie grün ist Chinas Politik wirklich?

Lange galt China als Klimakiller Nummer eins. Das ist das bevölkerungsreichste Land der Welt statistisch gesehen auch weiterhin. Die Volksrepublik stösst mehr CO₂ aus als alle 35 Mitgliedsstaaten der OECD zusammen. Und doch hat sich China zuletzt zum Liebling von Klimaschutzorganisationen entwickelt. China sagte am Klimaschutz-Gipfel 2015 in Paris erstmals ein verbindliches Emissionsziel zu und versprach, den CO₂-Ausstoss spätestens ab 2030 zu senken. Zwar bauen die Chinesen wegen ihres enormen Energiebedarfs weiter neue Kohlekraftwerke. Doch parallel dazu baut China seine erneuerbare Energie kräftig aus.

Egal ob Wind, Solar oder Wasserkraft - kein Land investiert derzeit so viel in klimaneutrale Energieformen wie die Volksrepublik. Mit Erfolg: 2017 ging der CO₂-Ausstoss in China erstmals leicht zurück, also 13 Jahre früher als zugesichert.

7 Welches sind die Folgen davon, dass Trump aus dem Pariser Klimaabkommen ausgestiegen ist?

Die Regierung von US-Präsident Donald Trump hält an ihrem Kurs fest. Bei der Formulierung des Abschluss-Communiqués des G-20-Gipfels in Argentinien beharrten die amerikanischen Unterhändler darauf, dass die Position der grössten Volkswirtschaft, wonach die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens Arbeitsplätze vernichte, in einem separaten Paragraphen gewürdigt werde. 17 der 50 US-Bundesstaaten wollen sich damit aber nicht abfinden. Sie bilden das Rückgrat der U.S. Climate Alliance, die eine umfassende Reduktion der Konzentration von Treibhausgasen anstrebt. Da sich auch der bevölkerungsstärkste Staat Kalifornien unter den Partnern befindet, kann die Allianz die Klimapolitik des gesamten Landes beeinflussen.

8 Wie müssten wir leben, damit der Klimawandel gestoppt wird?

Der britische Ökonom Graeme Maxton sagte kürzlich dazu: «Wir müssen nicht zurück in die Steinzeit. Aber zum Lebenswandel in den 70er- oder 60er-Jahren.» Unsere Waschmaschine müssten wir nicht zurückgeben, meint er, aber gemeinschaftlich nutzen. Und man müsste sie flicken können, statt sie ersetzen zu müssen.

PROTESTE IN FRANKREICH

Macron sucht den Ausweg aus der Krise

Internetappelle rufen zum «Sturm auf die Bastille» auf. Muss Frankreichs Präsident nachgeben?

VON STEFAN BRÄNDLE, PARIS

Die Franzosen verdauen immer noch die Gewaltextesse vom Wochenende, als Hunderte von Ultras in den Vierteln um den Pariser Triumphbogen gewütet hatten. Präsident Macron ass am Montag demonstrativ mit Einsatzpolizisten zu Mittag. Das war auch ein politisches Signal, dessen es allerdings gar nicht bedurft hätte: Viele «Gelbwesten» gingen am Montag auf Distanz zu den «casseurs» (Schlägern).

Macron versucht überdies, die anderen politischen Kräfte in eine Krisenlösung einzubinden. Am Montag empfing sein Premierminister Edouard Philippe - der eine Reise nach Polen zum Klimagipfel abgesagt hat - die Vorsteher aller grossen Parteien. Den für Dienstag geplant gewesenen Dialog mit den «gilets jaunes» sagten Vertreter der Protestbewegung jedoch kurzfristig ab. Sie alle haben nur eine Botschaft: «Solange die Regierung die Erhöhung der Benzinsteuern nicht zurücknimmt, gehen die Proteste weiter», meinte die «Gelbweste» Jacline Mouraud kategorisch.

Kein Entgegenkommen gibt es auch vonseiten der Parteien. Konservativenchef Laurent Wauquiez fordert die «Annullierung» der Steuererhöhung und eine Volksabstimmung zur Umweltpolitik, Linksparteien fordern zudem Neuwahlen und - als eine Art Finanzausgleich - die Wiedereinführung der von Macron reduzierten Vermögenssteuer. Auf Philippes Vorschlag, am Mittwoch eine Parlamentsdebatte zu organisieren, reagierten nur die Kommunisten - mit der Ankündigung eines Misstrauensantrages.

Bewegung kippt nach links

Die Macron-Partei La République en Marche (LRM) hat in der Nationalversammlung zwar die Mehrheit. Doch rumort es unter den gut 300 LRM-Abgeordneten stark. Noch 2017 hatten sie als neuartige Garde eines jungen Präsidenten viele Hoffnungen geweckt. Jetzt gelten sie in den Augen der «Gelbwesten» bereits selbst als Teil des Systems. Ungern verteidigen sie eine Steuer, die ihre Wähler auf die Barrikaden gebracht hat.

Generell ist die «gelbe» Protestbewegung daran, ihre politische Couleur zu ändern: Gaben am Anfang autofahrende und eher rechtsstehende Gegner hoher Steuern den Ton unter den Gelbwesten an, nehmen heute soziale Forderungen, etwa nach Erhöhung des Mindestlo-

nes, überhand. Der Publizist Laurent Joffrin spricht bereits von «Rotwesten». Die konservative Zeitung «Le Figaro», die am Anfang Feuer und Flamme für die «Steuerrevolte» gewesen war, berichtet heute einiges distanzierter über die Proteste und hebt die Gewaltextesse hervor.

Grosse soziale Unterschiede

So sind es auch politisch eher links stehende Kräfte, die sich den «Gelbwesten» neu anschliessen. Mittelschüler bestreikten am Montag Hunderte von Lyzeen. Sie protestieren gegen eine Reform des Universitätseintritts und äussern ihre Solidarität mit den «Gelbwesten». Die einst kommunistische Gewerkschaft CGT ruft für den 14. Dezember zu einem Aktionstag auf, um ähnlich wie die «Gelbwesten» höhere Löhne zu verlangen. Raphaël Glucksmann, Sohn des verstorbenen Philosophen gleichen Namens und Gründer einer neuen Links- und Ökoformation namens «place publique», meinte, in Frankreich mische sich eine soziale und eine Regimekrise. Emmanuel Macron habe die Politik seiner Vorgänger weitergeführt: «Ganze Teile der Bevölkerung wurden ins Elend abgestuft, während sich andere fröhlich bereicherten. Das macht die Lage in Frankreich äusserst gefährlich, weil die Wut heute unkontrollierbar ist.»

Frappierend ist auch Macrons abrupter Popularitätseinbruch. Der anfangs gefeierte Präsident zahlt heute nicht nur für seine herablassende und rechthaberische Art, sondern auch für seinen egozentrischen Politstil, der die Parteien, Sozialpartner und anderen gesellschaftlichen Kräfte schlicht überging. Der Volkszorn richtet sich deshalb direkt gegen ihn.

Im Internet zirkulieren zum Wochenbeginn gleich drei Aufrufe zum «vierten Akt», nachdem die drei letzten Samstag in Paris zu Krawallen und landesweit zu Verkehrssperren geführt hatten. Ein Appell ruft zum «Sturm auf die Bastille» auf. Im Élysée-Palast, der bisweilen auch «Château» (Schloss) genannt wird, gerät Macron unter Zugzwang: Wenn er die Benzinsteuernerhöhung bis zum Samstag nicht auf Eis gelegt hat, könnte die Lage vollends eskalieren.

Wirtschaftlich kommt es in Frankreich bereits zu Versorgungsengpässen. Elf Treibstofflager waren in Frankreich am Montag blockiert. In der Bretagne ist Benzin neuerdings rationiert. Hotelbuchungen werden in Paris storniert. Das Weihnachtsgeschäft lahm.



Betroffener Präsident: Macron gerät zunehmend unter Druck.

E. LAURENT/EPAA/KEY